

Neu-Anspach, 10. November 2020

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Wahlkreis 176 (Hochtaunus)

Christian Tramnitz
OV Grävenwiesbach

Bewerbungsrede - Wahlkreiskandidatur

info@tramnitz.berlin
tramnitz.berlin

Liebe Freundinnen und Freunde,

seit mittlerweile über 16 Jahren bin ich nun Mitglied bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Und was mich damals zum Beitritt getrieben hat - nicht länger still zu sein, ein Zeichen zu setzen, sich nicht nur zu beschweren, sondern zu handeln - das sind genau die Punkte, die ich auch heute in Gesprächen mit Neumitgliedern immer wieder höre. Doch was gehört dazu, politisch "Zeichen zu setzen" oder "zu handeln"? Das habe ich mich lange gefragt und so bin ich erst einige Jahre später - neben der Mitarbeit in der LAG Medien und Netzpolitik - aktiv in Grävenwiesbach in die Kommunalpolitik gekommen. Als Sprecher des Gesamtelternbeirats der Grävenwiesbacher Kindergärten bin ich damals an die Grenzen der Möglichkeiten gestoßen und habe gegen mangelnde Transparenz und willkürlich anmutende Entscheidungen der Gemeinde gekämpft; erst als Elternvertreter, dann in der Gemeindevertretung und den Kinder- und Jugend- sowie Haupt und Finanzausschüssen. Das Prinzip der Transparenz und Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen ist die Richtschnur in meinen politischen Überlegungen geblieben.

Und wir brauchen gar nicht so weit wie aktuell in die USA zu schauen, um zu sehen, was mangelnde Transparenz bedeuten kann: Wenn Bürgerinnen und Bürger die Entscheidungen ihrer Vertreter*innen in den Parlamenten oder Regierungen nicht mehr nachvollziehen können, wenden sie sich ab und verlieren das Vertrauen in die Demokratie. Das müssen wir auf allen Ebenen verhindern! Wenn Lobbyisten in Ministerien und dem Bundestag ein- und ausgehen und persönliche Empfehlungen zu Regierungspositionen werden, dann brauchen wir ein Transparenzgesetz, das diesen Namen auch verdient und nicht - wie von der derzeitigen Bundesregierung mit dem Lobbyregister vorschlagen - die wichtigsten Berührungspunkte ausnimmt. Ich möchte mich gern für so ein Transparenzgesetz einsetzen, so dass beim nächsten Vorfall dieser Art der Bundestagspräsident nicht zu der Schlussfolgerung kommen kann, dass „kein Regelverstoß stattgefunden habe“.

Die aktuellen Einschränkungen der Corona-Maßnahmen treffen uns alle hart und werden uns unglücklicherweise wohl noch eine ganze Weile – trotz Hoffnung durch den angekündigten Impfstoff – begleiten. Doch sie zeigen auch, dass wir uns hier in unbekanntem Gewässern befinden. Es wäre absurd, anzunehmen, dass auf Anhieb genau die richtigen Maßnahmen, und auch nur genau diese, getroffen wurden und werden. Es ist ein Lernprozess auf wissenschaftlicher Basis, den es unter sozialen und ökonomischen Punkten politisch zu entwickeln gilt. Dazu gehört auch, die Maßnahmen aufgrund neuer Daten oder Entwicklungen anzupassen und somit Fehler zu korrigieren, diese aber auch offen zuzugeben, anstatt blind an einmal Gesagtem festzuhalten. Dieser Prozess macht mir auch Hoffnung. Hoffnung, weil – zu mindestens hier in Deutschland und weiten Teilen von Europa – die Gefahr in breitem Konsens als gesamtgesellschaftliche Bedrohung auch als solche wahrgenommen wird und von der überwiegenden Mehrheit unter Verzicht und persönlichen Einschränkungen dagegen angekämpft wird. Dieses Muster gilt es zu übertragen auf die Klimakrise sowie die Zerstörung von Arten und Lebensräumen. Wir haben die wissenschaftlichen Belege für eine sich abzeichnende Katastrophe und ein immer kürzeres Zeitfenster für eine mögliche Abmilderung.

Aber auch hier wissen wir nicht genau, welche Maßnahmen wie genau wirken. Deswegen gilt es, die breite Bevölkerung davon zu überzeugen, dass gewisse Maßnahmen schlicht und einfach erforderlich sind, um noch schlimmere Konsequenzen des Nichts-Tuns zu verhindern. Obwohl ich der Meinung bin, dass man in vielen Punkten mit gutem Beispiel vorangehen und bestimmte Dinge vorleben muss, glaube ich nicht, dass dies ausreichend ist. Wir werden die Klimakatastrophe nicht aufhalten, indem nur wir Grüne oder auch unsere Anhänger*innen Verzicht üben. Wir müssen mit politischen Mitteln die Rahmenbedingungen schaffen, in denen es keine Wahl zwischen billigen oder klimafreundlichen, einfachen oder richtigen Entscheidungen gibt. Und wo Waren und Dienstleistungen des alltäglichen Lebens sich dadurch verteuern, dürfen wir dies nicht auf dem Rücken der gesellschaftlich Schwachen austragen. Dies gilt in so vielen Bereichen unserer Gesellschaft: Ernährung und Landwirtschaft, Mobilität, Energie, Gesundheit, Arbeit, Wohnen und Wirtschaft.

Keiner dieser Bereiche darf nur allein betrachtet werden, deswegen brauchen wir nachhaltiges Handeln hin zum ökologischen und sozialen Wandel. Doch auch hier werden sehr hohe Erwartungen an uns gestellt. In einer möglichen Regierungsbeteiligung nach der Bundestagswahl 2021 werden unsere Wählerinnen und Wähler und Gruppen wie „Fridays-for-Future“ ganz genau darauf schauen, was ein möglicher Koalitionsvertrag enthält – und was nicht. Deswegen brauchen wir die bestmögliche Ausgangsposition für Verhandlungen – und das kann nur heißen, ein starkes Grünes Ergebnis bei den Bundestagswahlen zu erzielen. Dabei möchte ich gern mit ganzer Kraft helfen, im Haustürwahlkampf, an Wahlständen, bei Veranstaltungen – online und offline.

Bei den Handlungsoptionen wird oft die Digitalisierung als wichtiges Instrument zur Erreichung gesteckter Ziele gesehen: Digital gesteuerte Mobilität zur Emissionsvermeidung, smarte Stromnetze, um die Energiewende zu realisieren, ja sogar in der Landwirtschaft erhofft man sich von digitalen Prozessen eine höhere Effizienz bei weniger Wasser und Düngemittelbedarf. Doch auch hier ergeben sich wichtige Fragen, die es zu lösen gilt, damit die Digitalisierung uns tatsächlich hilft, die Probleme zu lösen und nicht selbst zum Problem wird. Neben der reinen Notwendigkeit der Digitalisierung gilt es auch hier nach dem "Wie" und den Auswirkungen zu schauen. Das fängt im Bereich Bildung an, wo Deutschland noch einiges aufzuholen hat - das hat uns Corona gerade sehr stark vor Augen geführt - und geht über das Homeoffice bis hin zur Verwaltung. Doch auch in allen anderen Bereichen müssen wir Digitalisierung und Nachhaltigkeit zusammen denken, um zu verhindern, dass wir nicht andere Probleme schaffen. Der Frankfurter Internetknotenpunkt z.B. ist seit vielen Jahren der größte der Welt - und verbraucht inzwischen mehr Energie als der Flughafen Frankfurt, ungefähr das Vierfache des gesamten Hochtaunuskreises. Wo sich solche Effekte nicht vermeiden lassen, zum Beispiel beim Umstieg auf die Elektromobilität, müssen diese immer mitgedacht werden. Daher muss die Digitalisierung ökologisch gestaltet werden - und dabei sind wir Grüne gefragt.

Auch müssen wir bei zunehmender Digitalisierung Informations-Sicherheit als wichtig verstehen, nicht mit dem Zweck, Computer zu schützen, sondern letztendlich die lebenswichtigen Bereiche der kritischen Infrastruktur, die ohne sie nicht mehr funktionieren - heutzutage und in der Zukunft noch viel weniger. Was bringt uns das „smarteste“ Energienetz der Zukunft, wenn es für Hackerangriffe oder Interventionen ausländischer Regierungen angreifbar ist?

Und nicht zuletzt gilt es zu gewährleisten, dass unsere Bürgerrechte auch in Zukunft noch überall, auch im digitalen Raum, gelten. Dass wir nicht in Generalverdacht und Massenüberwachung verfallen, nur weil sie einfacher erscheinen als mit vorhandenen rechtsstaatlichen Mitteln - natürlich auch im Digitalen - zielgerichtete Ermittlungen durchzuführen. Wir dürfen freiheitliche Errungenschaften der letzten Dekaden nicht opfern. Neue Gesetze müssen nicht das Ziel haben, gerade so an der Grenzlinie zu dem Arbeiten, was verfassungsrechtlich erlaubt ist oder sogar - wie in der Vergangenheit leider so oft - darüber hinaus gehen. Dafür würde ich mich gern in der nächsten Bundestagsfraktion der GRÜNEN einsetzen.

Deswegen bitte ich euch hier und heute um euer Vertrauen; um es mir als Direktkandidat für unseren Wahlkreis auch zu ermöglichen, auf einen aussichtsreichen Platz auf der Landesliste zu kandidieren. Als Vorsitzender des Kreisvorstandes, Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Digitales und Medien der Grünen Hessen und nicht zuletzt als aktives Mitglied der Netzbegrünung bin ich im Landesverband und darüber hinaus gut vernetzt und erhoffe mir realistische Chancen auf einen Listenplatz, der mir den Einzug in den Bundestag erlauben würde. Allerdings sehe ich auch das Direktmandat im Kreis selbst nicht als unmögliches, wenn auch fernes, Ziel: bei der Europawahl 2019 trennten uns lediglich 5% von der CDU.

Mein Angebot an euch ist, mir die nötige Zeit für die Vorbereitung und den Wahlkampf zu nehmen, meine selbstständige berufliche Tätigkeit im nächsten Jahr so weit wie möglich einzuschränken und mit ganzer Kraft sowohl für den Kommunalwahlkampf als auch den Bundestagswahlkampf zur Verfügung zu stehen.

Ich würde mich sehr freuen, wenn ihr dieses Angebot annehmen und mir euer Vertrauen schenken würdet ... **vielen Dank!**